

Frau Präsidentin,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

Meine Damen und Herren, die Herausforderungen des demografischen Wandels sind von der Vorsitzenden der Kommission, Frau Stief-Kreihe, ausführlich dargestellt worden.

Dem weniger, älter, internationaler und vereinzelter ist noch hinzufügen, dass quer durch alle Altersgruppen Armut wieder zunehmen wird.

Eine wichtige Feststellung der Kommission, die von den Regierungsfractionen nur nach deutlichem Drängen der Sachverständigen akzeptiert wurde.

Für Niedersachsen ergibt sich noch eine weitere wichtige Herausforderung: die Entwicklung unserer Regionen ist dramatisch unterschiedlich. Sie klafft weit auseinander. Wir reden hier von 30% Punkten Unterschied bis 2020.

Das bedeutet: die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wird immer schwerer zu gewährleisten sein.

Anrede

Ich werde mich in meinem Redebeitrag darauf beschränken, einen Teil der Forderungen meiner Fraktion, zu benennen und deutlich zu machen, dass diese Landesregierung mit der Politik, die sie seit mehr als vier Jahren diesem Land antut, genau das Gegenteil von dem macht, was vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung notwendig ist.

Meine Damen und Herren,

Es gibt Stimmen, die sagen, die Erkenntnisse der Kommission sind nicht neu.

Die Fraktion der Grünen drückt es drastisch aus, indem sie sagen, dass es gar zwei verlorene Jahre gewesen seien.

Die Regierungsfractionen sehen sich auf dem besten Weg, und haben die Weichen angeblich schon richtig gestellt. Wenn dies so wäre, dann hätten wir uns die Kommission sparen können.

Meine Damen und Herren,

zu diesem Ergebnis kommen wir aber so nicht. Und das hat zwei Gründe:

Erstens halten wir die Arbeit dieser Kommission für wichtig. Der Analyseteil enthält eine sehr umfangreiche und detaillierte Bestandsaufnahme in vielen Politikfeldern, die wir ohne Kommission in dieser Bündelung und auch Tiefe sicher nicht bekommen hätten.

Zweitens konnte durch die Beteiligung von über 90 externen Institutionen, Sachverständigen, Experten und Interessenvertretungen, Kommunen und Kirchen ein breites Meinungsspektrum zur Thematik des demografischen Wandels zusammen getragen werden.

Das ist für das Parlament auch eine gute Hilfe bei der Diskussion dieser wichtigen Zukunftsaufgabe.

Anrede,

Ich möchte mich daher auch im Namen meiner Fraktion bei diesen Institutionen und Experten, bei den Sachverständigen der Kommission, bei dem Niedersächsischen Landesamt für Statistik, bei der Landtagsverwaltung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Kommission, Frau Kammeier und Herrn Dr. Fuchs, sowie den Kommissionsbetreuern Frau Roth und Herrn Rasche, sowie dem Stenografischen Dienst und nicht zuletzt den Referenten der Fraktionen bedanken.

Sie alle haben viel Geduld gezeigt und durch Ihre Arbeit - oft auch abends und am Wochenende - einen wichtigen Beitrag für diesen Bericht geleistet.

Diese Geduld war auch nötig. Während insbesondere die externen Experten die Herausforderungen durch den demographischen Wandel – wie übrigens im Untersuchungsauftrag benannt – im Blick hatten, ging es den Mehrheitsfraktionen zu allererst um das Beschönigen, Relativieren und Negieren.

Konkret bedeutet dies: Weichspülgang als Programm und Ziel.

Offensichtliche Probleme wurden – wenn überhaupt – zu Herausforderungen oder Bedarfen, Zahlen wurden beschönigt und Schwächen des Landes zu möglichen Stärken umdefiniert.

Lag Niedersachsen in einer Grafik am Ende der Skala - wie z.B. beim Wanderungssaldo von Studenten – wurde einfach eine andere Aussage gewählt.

Drunter und drüber ging es bei der Analyse im Bildungsbereich. Da waren die Zahlen des eigenen Statistischen Landesamtes einfach so schlecht, dass sie nicht beschönigt werden konnten. Dann hat das MK einfach mehrere Wochen gerechnet und eine eigene Statistik erstellt.

Dabei sind mal eben 7000 Schülerinnen und Schüler aus dem Übergangssystem verschwunden.

Wohin, konnte nicht erläutert werden. Aber genau das ist der Stil, wie in diesem Land derzeit mit Problemen umgegangen wird.

Noch schlimmer ist nur, dass selbst die schön gerechneten Zahlen immer noch grotenschlecht sind.

Auch bei der Betreuung der unter dreijährigen ergab sich ein trauriges Bild.

Nach der Landesregierung werden 10% aller dreijährigen betreut. In der Realität sind aber nur zwei Prozent der Kinder unter drei Jahren in reinen Krippen in Niedersachsen untergebracht. Der Rest entfällt auf verschiedene Sonderformen und Tagespflege. Aber 10% hört sich halt besser an als zwei.

Bei der geriatrischen Versorgung hat man sich gar geweigert, die Forderungen des Verbandes geriatrischer Versorgung in den Bericht mit aufzunehmen und behauptet, wir hätten ausreichend Kapazitäten in diesem Bereich. Genau das Gegenteil ist der Fall, mindestens 4000 Betten fehlen in Niedersachsen. Wenn es eine harte Herausforderung in diesen Bereich gibt, dann ist es die Situation der Altenpflege oder der Versorgung der älteren Menschen. Die Aufnahme dieser Zahlen haben Sie jedoch auch verweigert.

Meine Damen und Herren,

und wer nicht sauber analysiert oder analysieren will, der kann auch schlecht die richtigen Schlüsse ziehen.

Auch die Formulierung von Empfehlungen war von dem Ziel getragen, v. a. aktuelle Programme der Landesregierung unterzubringen. Die auch seitens aller externen Experten angemahnte Schwerpunktsetzung und integrierte Betrachtungsweise wurde abgelehnt. Zum ganzen Feld der Hochschulpolitik haben die Mehrheitsfraktionen eine Diskussion gar vollständig verweigert.

Aus diesem Grund waren wir gezwungen, unsere Vorstellungen in einem eigenen Votum darzustellen. Anders war eine aus unserer Sicht notwendige, integrierte und ressortübergreifende Sichtweise nicht darstellbar.

Dass es bei einem in sich schlüssigen und umfassenden Votum zu den künftigen Herausforderungen auch zwangsläufig inhaltliche Übereinstimmung bei den Zielen gibt, ist logisch, denn unsere Kritik bezieht sich auch nicht auf die allgemeinen Ziele, sondern auf die Wege ihrer Umsetzung.

Sehr verehrte Damen und Herren,

Damit sind wir bei der entscheidenden Frage: Was ist wichtig für die Zukunft? Welches sind die richtigen Instrumente, um die gesteckten Ziele zu erreichen?

Meine Damen und Herren,

Der zentrale Ansatzpunkt für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes ist die Bildung.

Die einzige Zukunftsperspektive für unser Land in einer globalisierten Welt sind Innovationen. Und Grundvoraussetzung dafür sind Investitionen in die Köpfe der Menschen und damit Bildung.

In Zeiten steigender Konjunktur merken wir es schon jetzt: Fachkräfte werden rar, die Diskussion um das Sicherstellen ausreichend qualifizierter Menschen nimmt zu. Auch in diesen Tagen.

Der Wettbewerb um Arbeitskräfte wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung noch verschärfen. Deswegen müssen wir jeden ausreichend bilden und qualifizieren. 10% Schulabgänger ohne Abschluss geht nicht mehr.

Bildung ist aber nicht nur dazu da, das Arbeitskräftepotenzial der Wirtschaft zu qualifizieren.

Bildung ist vor allen Dingen wichtig für jede einzelne und für jeden einzelnen, um am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können und nicht ausgegrenzt zu werden. Bildung ist wichtig für eine eigenständige Lebensführung, für einen intensiven Umgang mit Prävention und damit auch mit einer eigenen Vorsorge vor Krankheiten, gerade in Zeiten, in denen wir immer länger leben.

Meine Damen und Herren,

für eine weiterhin gute wirtschaftliche Entwicklung müssen wir die Potenziale aller Menschen besser nutzen.

Dazu gehört, dass wir es Frauen, Migranten aber auch älteren Menschen besser ermöglichen, auch ihre Potenziale am Arbeitsmarkt einzubringen.

Dazu gehört eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die sowohl die Betreuungssituation von Familien mit Kindern im Blick hat, aber auch die Situation von Menschen, die andere Familienangehörige pflegen.

Dazu gehört vor allen Dingen, dass der Familienbegriff auch die Formen von Familie umfasst, die es heute in der Realität gibt.

Wir müssen die Benachteiligungen der Familien abbauen, die durch das Familienpolitische Wunschraster der CDU fallen.

Zu einer besseren Familienpolitik gehört auch, die Unternehmen in eine Verantwortung für die Gesellschaft mit einzubinden und familienorientiert und nicht nur unternehmensorientierte Arbeitszeiten festzulegen.

Meine Damen und Herren,

eine weitere wichtige Aufgabe für ein Land, in dem die Bevölkerungsentwicklung so deutlich auseinanderklafft, ist die Gewährleistung der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen.

Hierbei, meine Damen und Herren, ist der Staat Garant für Mindeststandards in der Daseinsvorsorge. Hier unterscheiden sich unsere Instrumente deutlich von Ihren Vorstellungen. Bei der unterschiedlichen Ausgangslage in den Regionen wird der freie Wettbewerb um Fördermitteltöpfe diese Probleme nicht lösen.

Bildlich gesprochen lassen sie zu, dass in einem Fußballspiel die eine Mannschaft der Kreisliga mit Sandsäcken auf dem Rücken und nur 8 Spielern, gegen eine Mannschaft aus der Bundesliga mit 11 Spielern spielt und sagen auch noch dabei: Ihr habt alle die gerechte Chance zu gewinnen.

Reiner Wettbewerb bedeutet hier, die Solidarität in unserem Land aufkündigen, die unsere Gesellschaft trägt.

Freiheiten und Spielräume sind gut und wichtig, aber gerade die schwachen und in der Bevölkerungsentwicklung negativ betroffenen Regionen benötigen Perspektiven und Unterstützung durch das Land.

Ich verweise da auf den Hilferuf aus Holzminden vom dortigen Kreistag. Heute gibt es dazu einen Artikel unter dem Thema Landflucht in der HAZ. Mehr Beweise braucht es doch nicht.

Sie, Herr Ministerpräsident Wulff, lassen einen ungezügelter Wettbewerb zu, der ungleiche Kontrahenten gegeneinander ausspielt. Unsere Auffassung ist hier eindeutig anders. Wir wollen allen eine Perspektive geben, und die, die schlechteren Ausgangsbedingungen haben, müssen zumindest so unterstützt werden, dass sie eine Chance haben, den regionalen Wettbewerb zu bestehen.

Meine Damen und Herren,

Grundvoraussetzung dafür ist aber die Wahrnehmung der Realität und vorhandener Entwicklungen. Und genau das Gegenteil passiert hier im Moment in Niedersachsen.

Dazu ein paar Fakten, die ich Ihnen nicht ersparen kann!

Niedersachsen ist das Schlusslicht aller Bundesländer in der Kinderbetreuung.

Bei der Frauenerwerbstätigkeit sind wir immerhin vorletzter.

Schulstandorte werden mehr und mehr aufgegeben, weil insbesondere bei den Hauptschulen die Anmeldezahlen der Schüler oft noch nicht einmal mehr eine Einzügigkeit gewährleisten können.

Die Gesamtschulen platzen aus allen Nähten und die Gymnasien müssen häufig mit dem Doppelten der Schülerzahlen zurechtkommen, die sie noch vor vier Jahren hatten, was natürlich alles auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgebadet wird.

Meine Damen und Herren,

bei den Schulen schreibt diese Landesregierung den Systemfehler der frühzeitigen Aufteilung sogar noch fort, obwohl nahezu fast alle Sachverständigen, die wir in der Kommission angehört haben, uns darauf hingewiesen haben, dass wir mit dem System der frühzeitigen Auslese die Humanpotenziale und damit auch die ökonomischen Potenziale für unser Land verschenken.

Kein einziger Experte hat das gegliederte Schulsystem verteidigt bzw. befürwortet.

Was macht die Mehrheit in dieser Kommission? Sie beschließt, die Erde ist eine Scheibe und schreibt in die Analyse, dass das gegliederte Schulsystem die Schulstandorte in der Fläche erhält. Das ist die derzeitige Politik made in Niedersachsen, das ist das berüchtigte weiter so des Herrn Wulff...

Meine Damen und Herren,

bei der beruflichen Bildung sind gerade in Niedersachsen die Übergangssysteme sehr ausgeprägt, mit andern Bundesländern kaum vergleichbar. Daher fordern wir ein Recht auf Ausbildung für alle jungen Menschen in unserem Land.

Nicht nur für die Jugendlichen, sondern für dieses Land ist das wichtig, weil uns aufgrund der demografischen Entwicklung Fachkräfte fehlen werden. Die letzten zahlenmäßig starken Jahrgänge gehen jetzt in die Schulen. Das sind die Kinder der Babyboomgeneration. Danach wird es absolut noch schlimmer mit dem Arbeitskräftepotenzial und diese Landesregierung tut einfach nichts dagegen, sondern sorgt durch Klientelpolitik immer noch dafür, dass viel zu viele die Bildungsleiter eben nicht hochklettern können.

Meine Damen und Herren,

Ein weiteres wichtiges Zukunftsfeld ist die Innovationspolitik dieses Landes. Auch hier sind wir mit die letzten in der Bundesrepublik. Wir haben die gute Wettbewerbsposition, die wir vor Jahren hatten, verschenkt, nicht zuletzt weil diese Landesregierung die Innovationsförderung nahezu halbiert hat. Damit haben wir die Wettbewerbsposition im Vergleich zu den anderen Bundesländern deutlich verschlechtert. Das ist eindeutig die falsche Richtung, die Sie eingeschlagen haben.

Das wird auch deutlich beim Thema Hochqualifizierter. Wir haben in Niedersachsen die höchsten Wanderungsverluste bei Studierenden aller Bundesländer. Damit haben wir den höchsten Brain Drain in ganz Deutschland.

Wie, meine Damen und Herren, sollen wir eigentlich im internationalen Wettbewerb um Hochqualifizierte bestehen, wenn nicht mal im nationalen Wettbewerb Schritt gehalten werden kann. Zusammen mit der Innovationsschwäche ist hier eine riesen-große Hypothek vorhanden, die Sie in diesen Jahren angelegt haben.

Meine Damen und Herren,

nun zu einem Thema, das ein wesentlicher Anlass für unsere Zusatzvotums war, die Frage der Integration. Ich erinnere mich noch gut an die vielen Diskussionen zu diesem Thema in der Kommission.

Während wir und auch Sachverständige wegen der zentralen Bedeutung immer wieder ein eigenes Kapitel zu Fragen der Integration vorgeschlagen haben, lehnten Sie es kontinuierlich ab.

Mehrfach mussten wir darauf hinweisen, dass es nicht nur um die Zuwanderung von Hochqualifizierten geht, sondern darum, die Menschen, die bereits in unserem Land sind, in unsere Gesellschaft zu integrieren. Ihre Kompetenzen, ihre Kultur und ihre Bereitschaft, weil sie sich für Niedersachsen entschieden haben, anzuerkennen und sie willkommen zu heißen in diesem Land und ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes zu leisten.

Aber die Landesregierung mit ihrem Hardlinerminister Schönemann schiebt weiter gnadenlos ab.

Da klingt es nahezu zynisch, wenn sie jetzt den Zuwanderungskompromiss im Bundesrat ablehnen mit der Begründung, es werde zu wenig für qualifizierte Zuwanderer getan.

Meine Damen und Herren,

entscheidend ist der Umgang mit hier lebenden Migranten. Entscheidend ist das Bild, das Niedersachsen für zuwanderungswillige Menschen abgibt. Solange sich das nicht ändert, können sie soviel Zuwanderung Hochqualifizierter beschließen wie sie wollen, es wird nur keiner kommen.

Ich bin daher ausgesprochen froh, dass insbesondere der massive Druck der externen Sachverständigen am Ende dazu geführt hat, dass Ihre Fraktion am Ende akzeptieren musste, diesen Aspekt zumindest mit in den Bericht aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, zur Situation in der Versorgung älterer Menschen

Meine Damen und Herren,

unser Land ist weit aus besser, als es durch diese Landesregierung regiert wird.

Aber wir müssen Probleme schonungslos benennen können und auch anpacken.

Ein „weiter so“. wird in Regionen wie Holzminden und der im Harz als Drohung empfunden.

Wir meinen, man muss jetzt umsteuern.

Wir sind für mehr staatliche Verantwortung und Solidarität statt Individualisierung und Privatisierung

Wir sind für eine gemeinsame Bildung statt Auslese.

Wir brauchen mehr Handlungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit in unseren Regionen anstatt Verdrängungswettbewerb.

Deshalb muss der demografische Wandel echte Chefsache werden.

Er darf nicht im Sozialressort am Rande verkümmern, sondern muss in Zukunft in allen Politikfeldern mitbedacht werden.

Das bedeutet an ersten Schritten:

Wir müssen ansetzen bei der frühkindlichen Bildung und Förderung.

Wir brauchen einen Rechtsanspruch für die Betreuung der Kinder ab dem 1. Lebensjahr, den ihre Partei ja immer noch verweigert.

Wir brauchen mehr Ganztagschulen und Ganztagsbetreuungsplätze für alle Kinder und ohne Gebühren.

Wir müssen weg von der frühzeitigen Auslese, und weg mit 32 Kindern in einer engen Klasse.

Wir brauchen mehr Studienplätze in Niedersachsen und vor allen Dingen ohne Studiengebühren.

Wir brauchen eine Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte anstatt einer Einschränkung.

Wir brauchen bessere Integration und Offenheit für Zuwanderung anstatt abzuschieben und auf einem deutsches Leitbild zu beharren, das es so gar nicht gibt.

Wir brauchen mehr Frauen in verantwortlichen Positionen, weil wir es uns nicht leisten können, die gut ausgebildeten Frauen zuhause zu lassen.

Wir brauchen mehr Unterstützung für unsere schwächeren Regionen anstatt Förderung mit der Gießkanne.

Meine Damen und Herren,

Neue Anstriche ersetzen keine maroden Häuser. Anscheinerweckung ersetzt keine seriöse Politik für die Zukunft.

Eine Strategie des Aussitzens wird dem Demografischen Wandel nicht gerecht, das Land hat bessere Politik verdient, es hat eine niedersachsengerechtere Politik verdient.